

Oktober 2011

Liberaler Senioren Initiative Baden-Württemberg e. V.

Themen-Newsletter

Zum Euro-Rettungsschirm diskutierten in der Börse Stuttgart

- Michael Theurer MdEP
- Dr. Wolf Klinz MdEP
- Leopold Grimm MdL
- Prof. Dr. Hans-Peter Burghof Uni Hohenheim

Wege aus der Krise—Ursachen, Analysen und Konsequenzen

Ursachen, Analysen und Konsequenzen aus der Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise—zu dieser Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Regionalbüro Stuttgart) waren sehr viele Gäste in die Stuttgarter Börse gekommen.

Michael Theurer, Mitglied des Europäischen Parlaments eröffnete und moderierte die Veranstaltung. Theurer kennt die Problematik aus Sicht der Kommunalverwaltung als ehemaliger Oberbürgermeister. **Leopold Grimm**, Mitglied des Landtags Baden-Württemberg, europapolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, stellte in einem Kurzbeitrag die Wichtigkeit der regionalen Realwirtschaft heraus. Er ist Geschäftsführender Gesell-

schafter eines mittelständischen Unternehmens im Sondermaschinenbau.

Dr. Wolf Klinz, Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender des Sonderausschusses zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise des Europäischen Parlaments, stellte die Sichtweise der Politik aus Brüssel dar. Als ehemaliger McKinsey-Berater und Manager in internationalen Konzernen kennt er die Spielregeln der Wirtschaft und Bankenwelt.

Prof. Dr. Hans-Peter Burghof, Professor am Lehrstuhl für Bankwirtschaft und Finanzdienstleistungen an der Universität Hohenheim und Prorektor für Internationalisierung und Wirtschaftskontakte vertrat die Position der Wissenschaft. Er versteht es, kom-

plizierte Sachverhalte einfach darzustellen.

Die Stiftung für liberale Politik

Friedrich Naumann
Stiftung

Motto: „**Freiheit heißt nicht, dass jeder machen kann, was er will, sondern dass er nicht machen muss, was er nicht will**“



Michael Theurer, MdEP

- Der Unterschied zwischen der Finanzwirtschaft und der Realwirtschaft wird zwar öfter angesprochen, aber wenig vertieft.
- Dass die Politik Leitplanken in einen unregulierten Finanzmarkt einziehen muss, ist erkannt. Die Frage ist, welche und wie schnell.
- Das Problem des moralischen und wertkorrupten Fehlverhaltens in der Finanzwirtschaft wurde wie ein heißes Eisen nur mit spitzen Fingern angefasst – sowohl von der Wissenschaft als auch von der Politik.
- Europa wird von den meis-

Fazit der Diskussion aus unserer Sicht

ten gewollt, aber nicht zu jedem Preis— die meisten Diskussionssteilnehmer wollen **keine** Transferunion.

- Wir haben keine Euro-Krise, wir haben eine Vertrauenskrise.
 - in die Politik
 - in die Finanzwirtschaft
 - in die Wissenschaft
 - in die Presse
- Simple Erklärungsmuster greifen nicht und werden abgelehnt („wenn Griechenland insolvent ist, bricht der Euro-Raum auseinander“ - das ist falsch)
- Welche Maßnahmen sind notwendig:

- dass man denen, die unverschuldet in Not geraten sind, helfen soll, ist klar
- allerdings nur, wenn für alle die gleichen Spielregeln gelten, deren Einhaltung mit Sanktionen abgesichert wird.
- Griechenland braucht nicht nur ein Sparprogramm, sondern auch ein Aufbauprogramm (Beseitigung korrupter Strukturen, Aufbau funktionierender Systeme)
- Der Aspekt der Eigenverantwortung kam aus unserer Sicht in der Diskussion zu kurz. Hilfe ja, aber das Beste ist die Hilfe zur Selbsthilfe.



Ist die Alternative zum Euro die DM?

Zitate aus Oliver Stones Film „Wallstreet“:

Gordon Gekko:
„Wenn Du einen Freund brauchst, — kauf dir einen Hund“

„Es gibt Leute, die halten sich an die Regeln. Wir nennen sie Verlierer“

„Geld wird nicht verdient, Geld wird transferiert“



Der griechische Euro wurde durch „Griechische Statistiken“ erreicht — durch massive Hilfe einschlägiger Banken

Die Krise aus der Sicht der Wissenschaft: Das Scheunenmodell

Prof Burghof ist als Lehrstuhlinhaber in Hohenheim einer liberalen Wirtschaftsauffassung verpflichtet, und glaubt, dass sich die Märkte unter Vorgaben bestimmte Leitplanken selber regulieren. Prof Burghof versuchte in eingängigen Bildern, die Situation zu erklären.

Das Scheunen-Modell:

Nach Ansicht dieses Modells reguliert sich der Preis einer Feuerversicherung für eine Scheune über den Markt selbst. Verschiedene Marktteilnehmer werten auf die Wahrscheinlich-

keit, dass ein Feuer ausbricht oder nicht. Der Preis könne nach einer Einpendelphase sehr gut festgelegt werden.

Aber auch an diesem Modell zeigt sich, dass es unterschiedliche Spielregeln in der Realwirtschaft und der Finanzwirtschaft gibt. Während jemand, der in der Realwirtschaft mit einer brennenden Zigarette in die Scheune geht von der Polizei verfolgt wird, hat er in der Finanzwirtschaft nichts zu befürchten. Denn dort gilt die Regel: die Ver-

antwortung für das Desaster trägt die Feuerwehr — also der Steuerzahler. Dann wird wortreich argumentiert, jeder Landwirt wisse doch, dass unsachgemäß gelagerte Ernte zur Selbstentflammung neige. Die Zündler kommen ungeschoren davon.

Die Krise aus der Sicht der Wissenschaft: Das Gleichgewichtsmodell

Das Gleichgewichtsmodell sagt, Situationen in Finanzmärkten pendeln sich ein in ein gutes Gleichgewicht. Nach einer Störung versucht das System, wieder ein Gleichgewicht zu erreichen. Der Einfachheit halber nehmen wir an, fünf Investoren unterstützen ein fiktives Land mit jeweils 10.000 Euro. Das Land zahlt pünktlich Zinsen und Tilgung. Die Zinsen betragen 2%. Wir haben ein gutes Gleichgewicht. Nun steigt ein Investor aus, weil er der Situa-

tion im Land nicht mehr traut. Das Modell besagt nun, dass die restlichen vier die benötigten 10.000 übernehmen und jeder nun 12.500 investiert — aber zu einem höheren Zins von 4%. Das Gleichgewicht ist wieder hergestellt. Verschlimmert sich die Situation im Land werden wahrscheinlich im nächsten Schritt nicht nur ein weiterer Investor abspringen, sondern zwei — oder alle. Oder sie verlangen hohe Zinsen, um ihr Risiko abzudecken.

In der Krise werden von der Finanzwirtschaft noch zusätzlich Bürgschaften von anderen Staaten verlangt. Das führt in der Realität zu dem Effekt, dass Verluste sozialisiert werden und Gewinne privatisiert. Denn das Gleichgewichtsmodell funktioniert nur in der besten aller Welten, wo sich alle an die Spielregeln halten. Davon kann in der Finanzwirtschaft nicht ausgegangen werden.

Die Zusammenarbeit der Wissenschaft mit der Politik

Prof. Burghof kritisiert an der Politik, dass sie die Vorschläge der Wissenschaftler und ökonomischen Berater nicht aufnehmen und umsetzen würde. ...

Michael Theurer sieht in den Ratschlägen der Wissenschaft auf der einen Seite eine Hilfestellung, gibt aber zu bedenken, dass es oft so zugehe wie

in dem bekannten Scherz: wenn sich drei Ökonomen treffen sind immer mindestens 5 unterschiedliche Theorien und Ansichten im Gespräch.

Eine zielgerichtete Umsetzungsstrategie erfordere ein gemeinsames, koordiniertes Vorgehen und Verhalten.

Die Krise aus der Sicht der Politik

Nach Ansicht von Dr. Wolf Klinz gibt es ohne erweiterte Kompetenzen und ohne die Aufstockung des EFSF weiterhin nur die Europäische Zentralbank, die an den Märkten intervenieren kann - und das will man in Deutschland ja auch nicht. Er meint, dass der Rettungsfonds nur eine Zwischenlösung hin zu einer echten politischen Union sein kann. Ohne eine viel tiefer gehende Integration der Euro-Staaten wird das gemeinsame Geld auf Dauer nicht zu haben sein. Bislang hätten die Regierungen die Krise dazu genutzt, um immer mehr Kompetenzen an sich zu

ziehen. Das sei ein Irrweg. Mit der zwischenstaatlichen Methode, bei der die Regierungen alles untereinander auskungeln, rücken egoistische nationale Interessen in den Vordergrund. Auf diese Weise käme man nicht zusammen, sondern dividiert sich immer mehr auseinander. Er plädiert für gemeinsame europäische Institutionen, die Teile der bisherigen nationalen Souveränität übernehmen sollen. Damit das geschieht, hält er nicht nur den EFSF und die Interventionen der Europäischen Zentralbank für unabdingbar, sondern man braucht dazu auch eine

strikte Regulierung der Finanzmärkte und einen starken Finanzkommissar. Dabei geht es ihm nicht um die Person des Währungskommissars, sondern darum, dass es derzeit neun Figuren sind, die die Finanzpolitik prägen: Rehn, EZB-Chef Trichet, Euro-Gruppen-Chef Juncker, dazu der wechselnde Vorsitzende des EU-Finanzministerrats, derzeit der Pole Rostowski, Ratspräsident van Rompuy, außerdem Merkel, Sarkozy, Schäuble und der französische Finanzminister Baroin. Das könne doch gar nicht funktionieren. Er ist für einen Einzigen.



Das Primat der gegenwärtigen Europa-Politik ist, reale Kriege zu verhindern. Der Fokus ist derzeit nicht auf der Verhinderung von Handelskriegen. Der geniale deutsche Strategie von Clausewitz würde darüber nur den Kopf schütteln.

Wie geht es mit Griechenland weiter

Die Einstellung zu Griechenland ist eindeutig: der Verschuldungsgrad ist so hoch, dass sich das Land selbst durch rigoroses Sparen nicht retten kann. Das Land ist de facto insolvent.

Um auf die Beine zu kommen, wären verschiedene Optionen möglich.

1. „Weiter so“ und die Ausweitung des Rettungsschirms ins Unbegrenzte, das wäre die Umwandlung

der bestehenden EU in eine Transferunion mit Hauptzahler Deutschland. Die Diskussionsteilnehmer sind gegen diese Lösung. Diese Option wird sich den Bewohnern Deutschlands schwer vermitteln lassen
2. Eine „geordnete Insolvenz“ - diese Lösung ist zwar machbar aber politisch nicht gewünscht.
3. Ein **Maßnahmenpaket** - bestehend aus Strukturhilfen zum Abbau der kor-

rupten Strukturen der Schattenwirtschaft,
- Hilfen zum Aufbau einer funktionierenden Verwaltung,
- Unterstützung lebensfähiger Wirtschaftszweige,
- Etablierung einer glaubwürdigen politischen Klasse, die die Krise nachhaltig meistern kann.
Manche bezweifeln, ob das zügig geht - andere bezweifeln, ob es überhaupt geht.

„Fussball ist, wenn 22 Mann dem Ball nachlaufen, und Deutschland gewinnt“.
Gary Linneker

„Euro ist, wenn 17 Länder mit Euro bezahlen und Deutschland das Risiko trägt.“
Wolfgang Allehoff

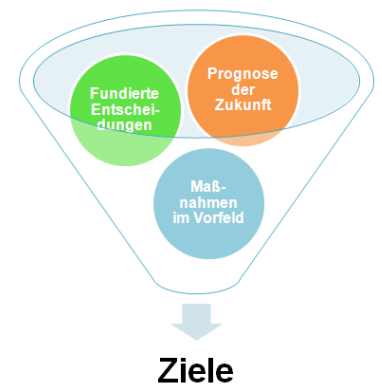
**Beides stimmt!
Und stimmt nicht!**

Zusammenfassung

Die Politiker kennen Ihre Gegenspieler nicht richtig. Oft werden die Ratingagenturen angeführt. Und als Heilmittel wird der Aufbau von eigenen europäischen Ratingagenturen angeführt, weil die großen drei in USA in der Bankenkrise komplett versagt haben. Aus unserer Sicht fehlt das Vorgehen der klassischen Szenario-Technik. Was passiert

im „Best Case Szenario“ und was im „Worst Case Szenario“? Hierfür blieb sowohl die Politik als auch die Wissenschaft in der Diskussion eine Erklärung schuldig. Aber wenn man die Glaubwürdigkeit der europäischen Zivilgesellschaft zurück gewinnen will, ist das absolut notwendig. Denn das Hilfspaket für die Ban-

ken hat das Verhalten der Zocker im Finanzgeschäft nicht im geringsten verändert— aber die Glaubwürdigkeit in die Politik beschädigt. Hier muss die Politik endlich nachliefern. Das setzt voraus, dass man klare Ziele hat und nicht nur auf populistische Stimmungen reagiert..



Die Zielsetzung, der Kompass, muss von der Politik kommen.

**Liberaler Senioren
Initiative Baden-
Württemberg e. V.**

Liberaler Senioren Initiative Baden-
Württemberg
Rotebühlstr. 131
70197 Stuttgart

Tel. 0711/66618-0
Fax 0711/66618-12
Email info@liberale-senioren-bw.de

**Für eine altersoffene moderne
Gesellschaft**

Die Stuttgarter Erklärung vom 9. Juli 2011

Für eine altersoffene moderne Gesellschaft

1. Die LIBERALEN SENIOREN sehen im freien und selbst bestimmt handelnden Menschen ihr Credo.
Freiheit, Verantwortung und Toleranz gilt hierbei **für alle Lebensalter**.
2. In einer Zeit, in der das reale Alter mehr und mehr an Bedeutung verliert, ist ein **neuer gesellschaftlicher Blick auf das Alter** und das Altern notwendig. Die vorhandenen defizitären gesellschaftlichen Altersbilder, die die Wahrnehmung ...

... lassen Sie sich die Stuttgarter Erklärung in vollem Wortlaut zusenden—oder lesen Sie diese auf unserer Homepage

www.liberaler-senioren-bw.de

Themen-Newsletter

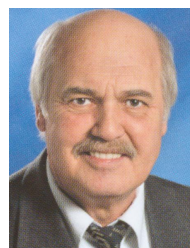
Dieser Themen-Newsletter ist der erste in einer Reihe, die wir— die liberalen Senioren in Stuttgart—in der nächsten Zeit planen. Das Thema betrifft den Markenkern der FDP – Wirtschaftskompetenz.

Wege aus der Krise – diese Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung zeigte, dass diese Wege nur gemeinsam beschrritten werden können, Sonder- und Einzelösungen gibt es nicht.

Autoren dieses Newsletters:



Dr. Wolfgang Allehoff



Günther Hammer



Skulptur „Der Denker“ auf dem Börsenplatz in Stuttgart